



... und ihre Einflüsterer
 Ford-Chef Gunnar Herrmann berät Armin Laschet, Wissenschaftler Michael Eilfort hilft Friedrich Merz, und Digitalexpertin Ellen Demuth unterstützt Norbert Röttgen (v.l.n.r.)



Allerdings hat Röttgen seit seinem Antritt als Kandidat im Februar 2020 auch nicht viel Zeit gehabt, um neben seiner Funktion als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag noch wirtschafts- und finanzpolitische Konzepte mit einem eigenen Expertenstab auszuarbeiten.

Als strategische Beraterin hat er nach längerer Suche die rheinland-pfälzische Landtagsabgeordnete Ellen Demuth ausgewählt. Die 38-jährige CDU-Politikerin ist gelernte Volkswirtin, soll sich aber als Nummer eins im Team Röttgen künftig eher um Digitales als um klassische Wirtschafts- und Finanzthemen kümmern. Dass Röttgen die offenkundigen Versäumnisse der Landesregierungen vor allem bei der Digitalisierung der Schulen seinem Konkurrenten Laschet öffentlich vorwirft, geht sicherlich auch auf Demuths Einfluss zurück.

Sie ist mit Röttgen seit Jahren nachbarschaftlich verbunden: Ihr Wahlkreis in Linz grenzt an seinen in Bad Honnef. Die ursprüngliche Absicht, Demuth als erste Frau zur CDU-Generalsekretärin zu küren, musste Röttgen inzwischen begraben. Amtsinhaber Paul Ziemiak hat die Vorbereitungen für das Wahljahr und die Bundestagswahl im Herbst schon so weit vorangetrieben, dass ein neuerlicher Wechsel im Konrad-Adenauer-Haus einen zu riskanten Bruch bedeuten würde.

Offen ist, ob die Wirtschaftsthemen wirklich im Vordergrund stehen, wenn die

1001 Delegierten des CDU-Bundesparteitages Mitte Januar vor ihren Computern sitzen und das Geschehen per Bildschirm verfolgen. Es ist der erste rein virtuelle Parteitag der CDU, ein Wagnis, das bislang nur die Grünen eingegangen sind – und dessen Wirkung und Dynamik schwer kalkulierbar sind. Das von vielen bevorzugte Präsenzformat vor großem Publikum kann es wegen des Infektionsgeschehens auf absehbare Zeit nicht geben. Ein weiteres Hinauszögern der Entscheidung über die Parteiführung will sich die CDU aber nicht mehr zumuten – die Partei kann nicht mit einem Machtvakuum an der Spitze in ein Wahljahr gehen.

Es werden deshalb weniger Sachthemen sein, die über den künftigen Parteichef entscheiden, sondern eher drei parteiemotionale Aspekte: Zum einen muss der neue Vorsitzende in der Lage sein, die CDU in ihrer gesamten Breite zusammenzuhalten – vom Sozialflügel über die Wirtschaftsliberalen bis hin zu den Konservativen. Ebenso wichtig ist der Schulterschluss mit der bayrischen Schwesterpartei. Das Zerwürfnis zwischen CDU und CSU, das vor eineinhalb Jahren fast zum Bruch der Union geführt hätte, steckt vielen noch in den Knochen. Und nicht zuletzt gilt es, die gesellschaftliche Modernisierung der Merkel-Jahre nicht zurückzudrehen, der CDU aber gleichwohl wieder ein schärferes bürgerliches Profil zu verpassen, um den verbreiteten Eindruck der programmatischen Beliebigkeit zu korrigieren.

Und dann sind da noch die beiden vielleicht wichtigsten Fragen: Welcher Parteichef hat am ehesten das Zeug zum Kanzler – und welcher Kandidat wäre für die CDU am ehesten in der Lage, die Bundestagswahl zu gewinnen? Es gehört zu den Pikanterien der Kandidatenkür, dass man darauf in der CDU derzeit unterschiedliche Antworten hören kann. Und dass dabei immer auch der Name von CSU-Chef Markus Söder fällt.

Schwankende Umfragen

Die Umfragen über die Chancen der drei Kandidaten geben ihrer eigenen Einschätzung nach nicht viel her. Die Delegierten des Bundesparteitages sind in der Regel Mandatsträger und lassen sich von anderen Erwägungen leiten als die von Demoskopern befragten Bürger oder Parteimitglieder. Armin Laschet jedenfalls hat gelernt, Umfragen zu ignorieren. Als er 2017 in NRW gegen SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft gewann, hatte ihn zuvor kaum ein Institut als Sieger auf dem Zettel.

Anders als sonst werden die meisten Delegierten ihre Entscheidung schon getroffen haben, wenn die Kandidaten im Hub 27 der Berliner Messe ihre Bewerbungsreden in die Kamera sprechen. Abgestimmt wird digital; der Sieger muss später ganz analog per Briefwahl bestätigt werden. Das ist rechtlich heikel, aber die drei Kandidaten haben versprochen, das virtuelle Votum des Parteitags zu akzeptieren. So viel Einigkeit muss sein. ■

„Das muss ausgefochten werden!“

Der Chef der Wirtschaftsweisen **Lars Feld** und der Bonner Ökonom **Moritz Schularick** über die finanziellen Kosten und sozialen Lasten der Coronakrise.

TEXT MAX HAERDER

Herr Feld, Herr Schularick, wird 2021 ein Jahr des Aufbruchs oder der Ernüchterung?

Beide schweigen.

Feld: Moritz, willst du zuerst?

Schularick: Mach du ruhig.

Feld: Also gut. Als Ökonom schaut man am besten nicht ernüchtert, sondern nüchtern auf die Lage. Nach dem scharfen, tiefen Einbruch 2020 müssen wir nun erneut mit starken Einschränkungen und konjunkturellen Dämpfern zunächst bis Ende Januar rechnen – womöglich noch einige Wochen länger. Aber: Wenn zum zweiten Quartal auf breiter Front wieder geöffnet werden kann, werden die Aussichten deutlich besser. Dann ist ein kräftiger Aufschwung in diesem Jahr möglich.

Schularick: Ich neige gerade zu einer Einschätzung, die dem Himmel da draußen ähnelt: grau und verhangen. Jedenfalls bin ich deutlich ernüchterter als noch im vergangenen Herbst – auch wenn ich deiner Analyse zustimme. Wir realisieren nur eben, dass das Impfen nicht so schnell Entlastung bringen wird wie erhofft. Insofern verordne ich mir eine Art verhaltenen Optimismus.

Angela Merkel hat die Pandemie kürzlich eine „Jahrhundertaufgabe“ genannt. Wird die Politik – gerade konkret bei der Impfstrategie – ihren großen Worten gerecht?

Feld: An *blame games* beteilige ich mich nicht. Die Strategie, als EU gemeinsam Impfstoff zu beschaffen, war und ist richtig. Nicht vornehmlich wegen der damit verbundenen Solidarität, sondern um bessere Konditionen auszuhandeln. Das heißt gleichwohl nicht, dass die Umsetzung dieser Strategie als gelungen bezeichnet werden kann. Ich würde dennoch jedem raten, sich nicht nachträglich schlauer zu machen. Im vergangenen Sommer haben zum Beispiel viele auf AstraZeneca als Sieger des Forschungsrennens getippt. Der Bundeswirtschaftsminister wiederum setzte bekanntlich Staatsgeld auf Curevac. Das Rennen haben Biontech und Moderna gemacht. Jetzt hilft nur nachbestellen – und zwar schnell.

Schularick: Allerdings müssen wir das große Problem benennen, dass nicht die richtigen Anreize gesetzt wurden, damit Firmen die nötigen Fertigungskapazitäten aufbauen. Das private und das gesellschaftliche Interesse klaffen zu weit auseinander. Es rechnet sich eben nicht, in umfangreichere Pro-

duktion zu investieren, wenn ich schon heute weiß, dass diese Nachfrage nicht von Dauer sein wird. Wurden hier alle Steuerungsmöglichkeiten ausgeschöpft, die man in einer solchen extremen Notlage ausschöpfen müsste? Meiner Meinung ganz eindeutig: nein.

Was meinen Sie genau? Hätte eine Art staatliche Kriegsproduktion angeschoben werden müssen?

Schularick: Verstehen Sie mich nicht falsch, Herr Spahn kann das sicher nicht besser als die Firmen. Aber Bayer könnte doch zum Beispiel in Lizenz schnell Impfstoffe produzieren. Da werden noch nicht alle Hebel in Bewegung gesetzt. Warum? Weil die finanziellen Anreize der Nachfrager eben viel größer sein müssten: Lieber 10 oder auch 15 Milliarden Euro für ausreichend große Impfstofflieferungen bis April versprechen – denn wenn das klappt, ist das mehr als gut angelegtes Geld, wenn man es mit den immensen Alternativkosten des Lockdowns in Beziehung setzt.

Feld: Das kann ich so nicht stehen lassen. Bayer produziert seit Jahren keine Vakzine mehr, da ist nichts hochzufahren. Impfstoffproduktion ist kein triviales

LARS FELD, 54, ist Chef der Wirtschaftsweisen und Professor für Wirtschaftspolitik in Freiburg

MORITZ SCHULARICK, 45, ist Ökonomieprofessor an der Uni Bonn und leitet dort das MacroFinance Lab





„In der Krise muss man
gegenhalten – in einer
solchen erst recht“

LARS FELD, Universität Freiburg

„Aber welche Verteilungs-
wirkungen produziert diese
Rettungspolitik?“

MORITZ SCHULARICK, Universität Bonn

Unterfangen. Allein Biontech hat doch massive Anreize dank staatlicher Abnahmeversprechen, weitet zudem massiv die Produktion aus. Die jetzigen Engpässe lösen sich nicht mal eben, weil die EU oder die Bundesrepublik Milliarden ins Schaufenster stellen.

Schularick: Jetzt nicht mehr! Die Anreize waren nicht optimal, das ist einfach Lehrbuch Seite 10. Es sagt uns doch der gesunde Menschenverstand genauso wie ökonomisches Basiswissen: Jeder Monat Beschleunigung bei den Impfstoffen rettet Leben und spart am Ende Geld. Jetzt kommt diese Erkenntnis reichlich spät.

Feld: Na, ich hoffe nur, dass Ökonomen auch weiter lesen als bis Seite 10 ...

Nun müssen wir alle, Bürger wie Unternehmen, mit dem Lockdown mindestens bis Ende Januar leben.

Ist er alternativlos?

Feld: Das müssten Sie Epidemiologen fragen. Ich mache einen Zielkonflikt zwischen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schäden nicht auf. Wenn andere wissenschaftliche Disziplinen glaubhaft versichern, dass die Welle nur so durchbrochen werden kann, dann respektiere ich das. Ich erwarte, dass wir zumindest bis in den Februar Beschränkungen haben werden. Und ich hoffe, dass wir ab Februar wenigstens wieder die Schulen öffnen können.

Schularick: Einverstanden. Über die Sinnhaftigkeit dieser epidemiologischen Maßnahmen haben Ökonomen nicht zu entscheiden. Wir können nur über deren wirtschaftlichen Konsequenzen nachdenken.

Dann frage ich die Ökonomen, ob denn die flankierende wirtschaftspolitische Krisenpolitik klug aufgesetzt ist?

Feld: Die extrem expansive Politik ist im Großen und Ganzen richtig. In der Krise muss man fiskalisch gehalten – und in einer solchen erst recht. Aber dieses übergeordnete Urteil gilt sicher nicht für jedes einzelne Instrument.

Zum Beispiel nicht für ...

Feld: ... für die Senkung der Mehrwertsteuer, jedenfalls deuten das die ersten Studien an. Sie hat wohl nicht die Wirkung erzeugt, die man von mehr als 20 Milliarden Euro erwarten darf. Zudem fallen die Umsetzungen der November- und Dezemberhilfen meines Erachtens zu üppig aus. Die KfW-Kredite hingegen, der erleichterte Zugang zur Kurzarbeit und der Wirtschaftsstabilisierungsfonds – alles richtig. Es gibt aber ein Muster: Je länger die Krise dauert, desto mehr Kritikwürdiges wurde verabschiedet.

Schularick: Deutschland hat tatsächlich makroökonomisch ungewöhnlich kompetent und entschlossen auf diese Krise reagiert. Dieses Urteil gilt auch, wenn einige Details sich im Nachhinein als kritikwürdig und wenig wirksam entpuppen sollten. Was mich allerdings umtreibt, wo wir auch in der Forschung noch vor einer Nebelwand stehen, ist die Frage: Welche Verteilungswirkungen produziert diese Rettungspolitik eigentlich?

Das müssen Sie bitte genauer erklären.

Schularick: Nun, der Staat war – das hat Lars Feld ja eben schon wunderbar ausgeführt – sehr großzügig ▶

gegenüber einzelnen Branchen. Und damit auch gegenüber Eigentümern von Unternehmen, die in der Regel zu den Wohlhabenderen unseres Landes gehören. Da sollte man ordnungspolitisch anmerken: In guten Zeiten wird unternehmerisches Risiko mit höheren Renditen belohnt, da müsste in schlechteren die finanzielle Eigenverantwortung zuerst greifen. Ist das passiert? Es fehlen noch Daten dazu, aber ich bin mir da nicht so sicher.

Feld: Ja, ein wichtiger Punkt. Ich würde nur weniger auf Verteilungsgerechtigkeit als auf das Haftungsprinzip abstellen. Mit deinem Argument muss man Interessenverbänden oder Unternehmen entgegenreten, wenn sie am liebsten das gesamte unternehmerische Risiko beim Staat abladen wollen. Das sollte der Staat nicht vollständig übernehmen, sondern sich nur mit der steuerlichen Verlustverrechnung daran beteiligen. Und ja: Es werden aufgrund der Krise Unternehmen vom Markt verschwinden

Haben Sie etwa gar kein Herz für die Eckkneipe, Herr Feld?

Feld: Das mag jetzt hartherzig klingen, aber die wird im Zweifel einen neuen Besitzer finden, wenn es wieder besser läuft.

Kann sich Deutschland denn die gewaltige Neuverschuldung leisten, mit der sich die Bundesregierung gegen die Krise stemmt?

Schularick: Ich bin da tiefenentspannt. Weshalb ich im Übrigen gleich zwei ideologische Debatten derzeit komplett unnötig finde: Weder brauchen wir gerade Steuererhöhungen zur Begleichung der Coronarechnung, noch sollten wir Hals über Kopf schnell wieder die Schuldenbremse anwenden. Der Staat bekommt Kredite zu traumhaften Konditionen. Wir können uns das absolut leisten.

Feld: Neue Belastungen sind in unserer Lage tatsächlich genauso wenig angezeigt wie Ausgabenkürzungen. Es geht gerade nicht um Konsolidierung. Genau für solche Krisen ist die Ausnahmeregel der Schuldenbremse schließlich einmal geschaffen wurden,

Friedrich Merz will sie 2022 unbedingt wieder einhalten. Ist das unmöglich?

Feld: Das wird man erst nach dem Kassensturz einer neuen Bundesregierung im Herbst sagen können. Aber noch mal: Das ist nicht die drängendste Frage.

Schularick: Zu schnell zu stark auf die Bremse zu treten, das wäre nur dogmatisch statt pragmatisch.

Wolfgang Schäuble hat gerade eine neue Steuerreformdebatte losgetreten, Robert Habeck wirbt für höhere Abgaben. Und das SPD-Vorsitzenden-duo will sogar einen Lastenausgleich wie nach dem Zweiten Weltkrieg. Was sagen Sie Ihnen allen?

Feld: Wirtschaftspolitik ist bekanntlich auch Psychologie – und es ist deshalb ziemlich unklug und unproduktiv, Unternehmern heute zu sagen, dass man ihnen 2022 in die Taschen greifen will. Man kann das Steuersystem ungerecht finden, das ist politisch legitim, aber zur Finanzierung der Coronakrise brauchen wir definitiv keine Mehrbelastung von Vermögen.

Schularick: Bei Letzterem bin ich voll bei dir. Nur würde ich gerne noch ein Aber anfügen: Als Gesell-

schaft werden wir am Ende dieser Krise an einer Bestandsaufnahme nicht vorbeikommen. Was meine ich damit? Zwei Professoren wie wir beide gehören, so wie andere Beamte oder auch Rentner, zur Gruppe derer, die bislang weitgehend ungeschoren durch diese Rezession kommen. Und wie schon zu Beginn skizziert: Die Unternehmen haben in den vergangenen zehn Jahren gewaltige Reserven aufgebaut – sind die voll aktiviert worden? Oder ist vorher schon der Staat mit Hilfen eingesprungen? Wer weiß. Die Gerechtigkeitsdebatte über diese Lastenverteilung wird kommen, ob wir das wollen oder nicht.

Was wird aus ihr folgen, vielleicht folgen müssen?

Feld: Nur ein Beispiel: Beamte werden sicher – wie der öffentliche Dienst insgesamt – in den kommenden Jahren mit geringeren Einkommenszuwächsen rechnen müssen. Auch Pensionen und Renten werden nicht mehr so steigen können. Etwa sollte der Nachholfaktor in der Rentenformel wieder eingeführt werden.

Und was kommt mittelfristig doch noch auf die Steuerzahler zu?

Feld: Falls der verbleibende Solidaritätszuschlag in Karlsruhe vor dem Verfassungsgericht kassiert werden sollte, würde ich davon ausgehen, dass es

„Es ist unklug und unproduktiv, Unternehmern heute zu sagen, dass man ihnen 2022 in die Taschen greift“

LARS FELD, Chef der Wirtschaftsweisen und Leiter des Walter Eucken Instituts

eine entsprechende Erhöhung des Einkommensteuertarifs gibt. Dabei wird man aufpassen müssen, dass es nicht zu Mehrbelastungen der Unternehmen kommt, gerade wenn es darum geht, die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen vornehmlich durch Wirtschaftswachstum zu erreichen. Hierzu gibt es Vorschläge in Richtung einer stärkeren Rechtsformneutralität. Zudem plädiere ich weiterhin für eine veränderte Erbschaftsteuer. Deren Verschonungsregeln sind einfach zu großzügig. Die Erbschaftsteuer sollte verbunden mit großzügigen Stundungsregeln die Betriebsvermögen erfassen und auf einen proportionalen Satz von zehn Prozent gesenkt werden. Hier liegt die Gerechtigkeitsfrage in der Tat offen.

Schularick: Siehst du, und eben nicht nur diese! Kassiererinnen, Krankenschwestern oder auch Busfahrer haben mehr finanzielle Lasten geschultert als wir Professoren, die nun per Zoom unterrichten. Das muss irgendwann politisch ausgefochten werden. ■